

*Kirsten Heinsohn/Dietmar Süß*

## Probleme und Perspektiven der Revolutionsforschung

Im September 1968 fegte gerade der studentische Proteststurm durch die Republik, da veröffentlichte der »Stern« eine zwölfteilige Serie mit dem knalligen Titel: »Der große Verrat«.<sup>1</sup> Geschrieben hatte sie Sebastian Haffner, der bekannte Publizist und Buchautor, der nach seiner Flucht vor den Nationalsozialisten ins britische Exil mit den Jahren zu einem der öffentlichkeitsstärksten Geschichtsdeuter der jungen Bundesrepublik geworden war.<sup>2</sup> Die »Stern-Story« war begleitet von großformatigen Aufnahmen der Revolution – und von der ikonografischen Untermalung der zentralen These: Friedrich Ebert, der führende Sozialdemokrat und erste Reichspräsident, war für Haffner ein Mann des Verrats. Zusammen mit seinem Reichswehrminister Gustav Noske habe er die Revolution unterdrückt, die alten Eliten, die Monarchie, das Militär und den Adel geschont und die eigenen Revolutionäre der Rätebewegung hinters Licht geführt. Auf der anderen Seite des Revolutionsdramas standen Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Kurt Eisner – mutige, manchmal auch etwas versponnene Revolutionäre, die klug genug gewesen waren, das falsche Spiel der Sozialdemokratie zu erkennen. Dafür hatten sie mit dem Tod bezahlen müssen. Haffners Zorn ging so weit, dass er über den gegen Ebert von der Rechten angestregten Prozess wegen angeblichen Landesverrats urteilte: »Eine gewisse Befriedigung über die ästhetische Perfektion dieser komplizierten Symmetrie lässt sich schwer unterdrücken.«<sup>3</sup>

Dies war in der Tat ein scharfes Urteil. Haffners Serie erschien in einem Moment äußerster gesellschaftlicher Erregung. Die Proteste an den Hochschulen hatten sich weit über Berlin, Frankfurt am Main und Hamburg ausgedehnt und auf einmal drohte bei der Bundestagswahl 1969 der Einzug der NPD, einer offen rechtsradikalen Partei. Viele Zeitgenossen fragten sich, ob in Deutschland ein neuer Faschismus drohe. Die Debatte über die Große Koalition sorgte für zusätzliche Skepsis über den Zustand der Bundesrepublik. Und bei vielen, gerade aus dem studentisch-intellektuellen Milieu, beflügelte dies die Suche nach partizipatorischen Alternativen zur repräsentativen Demokratie. Haffner hatte sich in den Jahren zuvor intensiv mit den »Todsünden« des Kaiserreiches beschäftigt – und seine plakative Zuspitzung traf ganz den Nerv der Zeit. Das Buch erhielt flammenden Zuspruch und leidenschaftliche Kritik.<sup>4</sup> Das lag nicht zuletzt auch an seinem Schlusssatz: »Deutschland krankt an der verratenen Revolution von 1918 noch heute.«<sup>5</sup> Darum ging es also: die verpassten demokratischen Potenziale, die Spaltung der Linken, das Übergewicht des Obrigkeitsstaats, letztlich das Scheitern der Weimarer Republik. Und schuld daran sei vor allem das Versagen der Sozialdemokratie, so Haffner.

Das war starker Tobak – und traf doch einen wunden Punkt. Denn im Brustton offensiver Ebert-Verteidigung sprachen nach 1945 nur wenige. Häufiger gab es stille Sehnsucht nach eben dieser verpassten Alternative. Die Sozialdemokratie hatte zwar schon während der Weimarer Republik begonnen, das Ebert-Erbe offensiv zu verteidigen. Und doch blieb

1 Sebastian Haffner, »Der große Verrat«, in: Stern, 22.9.1968.

2 Ders., Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19, Bern/München etc. 1969.

3 Ebd., S. 217.

4 Ausführlich dazu Martin Sabrow, Zeitgeschichte als politische Aufklärung. Sebastian Haffners Buch über die Novemberrevolution als Diagnose der »deutschen Krankheit«, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/ders. (Hrsg.), 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen 2007, S. 118–122.

5 Haffner, Die verratene Revolution, S. 218.

da oft ein kurzes Stechen, ein kurzes Gefühl des »Zuwenig«.<sup>6</sup> Kurz nach der Veröffentlichung des Buches lud der Bayerische Rundfunk im Oktober 1969 zur öffentlichen Diskussion. Mit dabei waren Karl Dietrich Bracher, der Bonner Politikwissenschaftler und Zeithistoriker, Sebastian Haffner und Günter Grass.<sup>7</sup> Die Konstellation war eindeutig: Bracher und Grass auf der einen, Haffner auf der anderen Seite. Zwischendurch eine Zigarette – das ging damals noch. Mehr als eine Stunde drehte es sich immer wieder um die gleichen Fragen: Wer hatte im November 1918 eigentlich wen verraten? War Ebert überhaupt ein Revolutionär? Ist es angemessen, den Gang der Geschichte auf den angeblichen Verrat eines Einzelnen zurückzuführen? Wie groß war das demokratische Potenzial der Räte und was ist eigentlich überhaupt eine Revolution? Bracher, aber vor allem Grass gingen mit Haffner hart ins Gericht. Ein »fahrlässiges« Buch habe Haffner geschrieben, das sich zudem durch eine besondere Boshaftigkeit gegenüber der Sozialdemokratie und Friedrich Ebert auszeichne. Seine Technik, mit erfundenen »inneren Dialogen« zu arbeiten und Ebert dabei Dinge in den Mund zu legen, die er tatsächlich so nie gesagt habe und für die es keine Beweise gebe, sei letztlich »schlechte Geschichtsschreibung«.

Woher stammte die Leidenschaft, die den Kritiker bestimmte und die Haffner offenkundig motivierte, im Jahr 1969 so auf die Sozialdemokratie einzuprügeln? Letztlich ging es keineswegs um »Geschichte« oder irgendein Datum. Es war vor allem der letzte Satz in Haffners Buch, der Grass so erzürnte. Dies sei eine »in fataler Weise« gefährliche Deutung, so Grass, eine »schlechte« – und vor allem »konservative Geschichtsschreibung«. Diese ersetze nämlich die alte, rechte »Dolchstoßlegende« durch eine neue, gleichsam linke Legende. Bei Haffner sei die Sozialdemokratie am Unglück der Welt allein schuld; sein Buch stehe für ein erneuertes, aber eigentlich altes geflügeltes Wort: »Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten.« Haffners Replik war ebenso bemerkenswert. Er bestätigte, vielleicht unbewusst, dass Grass und Bracher mit ihrer Deutung des Buches nicht ganz falsch lagen. Haffner jedenfalls raunzte Grass, Mitglied der SPD, unmittelbar an: »Ihre Partei« habe sich 1918 »selbst verraten«. Unter der »versäumten Chance von 1918« litten die Deutschen bis heute, vor allem unter der – letztlich von der SPD verschuldeten – Spaltung der Arbeiterbewegung, der ausgebliebenen Demokratisierung und der Teilung Deutschlands, die eben auch Teil der Geschichte von 1918 sei. Wörtlich sagte er: »Das Unglück Deutschlands sind nicht die Sozialdemokratien, das Unglück Deutschland ist, dass die Sozialdemokratien nicht besser sind, als sie sind.« Dieser Vorwurf hatte freilich 1969, im Jahr der Studentenproteste, einen ganz besonderen Klang.

## I. DIE REVOLUTION VON 1918 ALS ERINNERUNGORT

Revolutionen sind mithin auch Teil geschichtspolitischer Kontroversen, die sich für die Novemberrevolution allem voran an der Frage der Räte und ihrem Demokratisierungspotenzial entzündeten. Ein Teil der Diskussion um das Buch von Sebastian Haffner drehte sich genau um diese Frage: Hätte das Räteystem nicht auch die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft vorangebracht und damit möglicherweise den Faschismus verhindern können? Wurde in diesem einmaligen historischen Moment nicht die Chance verpasst, die Macht der alten Eliten wirklich zu brechen und – ganz im Sinne Willy Brandts –

6 Alexander Gallus, Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel, in: *ders.* (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 14–38, hier insb. S. 31ff.

7 Die verratenene Revolution – Diskussion über das Buch von Sebastian Haffner, Bayerischer Rundfunk, 20.10.1969, Günter-Grass-Stiftung Bremen – Medienarchiv, URL: <<https://doi.org/10.20379/dbaud-0303>> [5.8.2019]; folgende Zitate nach ebd.

»mehr Demokratie« zu wagen? Eine Gruppe jüngerer Historikerinnen und Historiker hatte versucht, eine neue Erzählung der Revolution zu entwerfen – und damit der konservativen Interpretation, im November 1918 sei es um »Demokratie oder Bolschewismus« gegangen, etwas entgegenzusetzen.<sup>8</sup> Ihre Ergebnisse machten eines sehr deutlich: Die Räte waren keineswegs fremdgesteuerte Radikale, sondern vielfach fest im sozialdemokratischen Milieu verankert. Die Mehrheit der Arbeiter und Soldaten wählte 1918/19 nicht den Kommunismus, sondern die Sozialdemokratie. Daraus ergab sich eine breite Vertrauensbasis für die Arbeit der Räte und zugleich eine mehrheitliche Zustimmung zum sozialdemokratischen Weg der Demokratisierung, der über allgemeine und gleiche Wahlen zu einem Repräsentativsystem führte, in dem eine von parlamentarischen Mehrheiten abhängige Regierung Legitimation durch erfolgreiche Arbeit erhalten sollte. Das Rätemodell baute zwar in der Theorie auf den Aktionismus revolutionärer Subjekte, dieser fand sich in der alltäglichen Praxis allerdings nur begrenzt wieder – damit verlor die Gleichsetzung von Räteystem und bolschewistischer Gefahr, die von der nationalkonservativen Geschichtsschreibung gepflegt worden war, empirisch ihre Grundlage.

In den 1980er-Jahren nahm das gesellschaftliche Interesse an der Revolution und ihrer Geschichte zunächst wieder ab, zum einen, weil andere Themen, wie die Erinnerungspolitik an die Verbrechen des Nationalsozialismus in Europa, in den Vordergrund rückten und auf ganz andere Weise die Identifikationsbedürfnisse von Politik und Gesellschaft befriedigten. Zum anderen war aber auch trotz der Neubewertung von Räten und Sozialdemokratie ein zentraler Teil der alten Interpretation noch verbreitet: Die Republik von Weimar, und damit auch die Revolution, sei von Anfang an bedroht, zum Scheitern verurteilt gewesen. Die Geschichte dieser ersten Republik wurde unisono von ihrem Ende aus gedacht. In der geschichtswissenschaftlichen Debatte kursierten entsprechende Titel: Die Ereignisse von 1918 seien als »halbe« (Reinhard Rürup), »gebremste« (Heinrich August Winkler), »steckengebliebene« (Eberhard Kolb), »verratene« (Sebastian Haffner) oder gar »keine« (Karl Heinrich Pohl) Revolution zu verstehen.<sup>9</sup> Nur wenige Historikerinnen und Historiker beschäftigten sich überhaupt noch mit dem November 1918 und seinen Folgen.

Die zentrale Frage richtete sich nun auf die Ursachen für den Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung. Je mehr sich Wissenschaft, Gesellschaft und Erinnerungskultur mit dem ›Dritten Reich‹ befassten, desto schemenhafter wurde das Wissen über die Revolution und den Beginn der Weimarer Republik, desto weniger Bücher erschienen auch zu diesem Thema. 2010 gab Alexander Gallus deshalb seinem Sammelband zur Revolution 1918/19 den bezeichnenden Titel »Die vergessene Revolution«. Doch markierte gerade dieses Buch zugleich auch ein erneutes Interesse an dem Ereignis.<sup>10</sup>

8 Peter von Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919. Ein Beitrag zur Diskussion über die revolutionäre Entstehungsphase der Weimarer Republik, in: VfZ 6, 1958, S. 231–262; Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962; Reinhard Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968. Zur weiteren Diskussion in der Geschichtswissenschaft vgl. Wolfgang Niess, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin/Boston 2013, S. 190–249.

9 Reinhard Rürup, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte, Bonn 1993, S. 16; Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 33; Eberhard Kolb, 1918/19: Die steckengebliebene Revolution, in: Carola Stern/Heinrich August Winkler (Hrsg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945, Frankfurt am Main 1979, S. 87–109; Karl Heinrich Pohl, Obrigkeitsstaat und Demokratie. Aspekte der »Revolution« von 1918/19, in: Manfred Hettling (Hrsg.), Revolution in Deutschland? 1789–1989. Sieben Beiträge, Göttingen 1991, S. 46–69, hier: S. 52.

10 Gallus, Die vergessene Revolution von 1918/19. Vgl. auch die Beiträge von Tim B. Müller und Andreas Wirsching, Standpunkte. Wie stark war Weimar?, in: ZEIT Geschichte, 2016, Nr. 3, S. 66–71.

Verschiedene Faktoren spielten dabei eine Rolle. Die Geschichtswissenschaft hatte sich auch in der Bundesrepublik verstärkt neueren Methoden geöffnet und sich internationalisiert.<sup>11</sup> Aus kultur- und medienwissenschaftlicher Perspektive wurde die Zeit des politischen Umbruchs in Deutschland bis dahin nicht betrachtet; eine sehr traditionelle politikwissenschaftliche Sichtweise war vorherrschend, wurde nun aber allseits infrage gestellt. Dieses methodische Interesse verband sich mit einem recht profanen Anlass: 2018 wurde die Revolution 100 Jahre alt. Zeitgleich aber befand (und befindet) sich die bundesdeutsche Politik in einem als Krise wahrgenommenen Prozess, in dem sich das bis dahin so stabil anmutende Parteiensystem verändert. Insbesondere der Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien wirft die Frage auf, wie stabil die Demokratie in der Bundesrepublik eigentlich ist. Allerorten, und vor allem von politischer Seite (finanziell) gefördert, wurde die Revolution von 1918/19 neu entdeckt, diesmal mit der Absicht, die Anfänge der Demokratie zu würdigen und Potenziale für eine positive Erinnerungskultur zu erkennen. Zugespielt könnte man sagen, seit 2018 ist aus einer vergessenen eine geliebte Revolution geworden, weil sie den Identifikations- und Selbstvergewisserungsbedürfnissen der deutschen Gesellschaft im 21. Jahrhundert entspricht. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier brachte dieses Bedürfnis in seiner Rede zum 9. November klar zum Ausdruck: »Trauen wir uns, die Hoffnung, die republikanische Leidenschaft jener November-Tage auch in unserer Zeit zu zeigen. Trauen wir uns, den Anspruch zu erneuern: Es lebe die deutsche Republik! Es lebe unsere Demokratie!«<sup>12</sup> Und auch Historiker tun das ihre dazu, die Revolution als positiven Erinnerungsort zu würdigen: Wolfgang Niess bezeichnet sie als »den wahren Beginn unserer Demokratie«, Robert Gerwarth stellt sie als »die größte aller Revolutionen« heraus und Joachim Käppner nennt sie einen »Aufstand für die Freiheit«, eine »Revolution der Besonnenen«.<sup>13</sup> Im Juli 2019, zum 100. Jahrestag der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung, eröffnete in Weimar das »Haus der Weimarer Republik«, zahlreiche Konferenzen befassten sich mit der Geschichte von Demokratie, Verfassung und Parlamentarismus in Deutschland. Die Errungenschaft des Frauenwahlrechts wurde auf vielen Veranstaltungen, meist organisiert von Frauenverbänden, gefeiert, mit neueren Debatten um *parité* in den politischen Gremien verknüpft und auch wissenschaftlich behandelt.<sup>14</sup>

In allen Würdigungen und Feierstunden erscheint die Revolution von 1918/19 nicht mehr als ein bedrohliches, gewaltförmiges und unkontrollierbares historisches Ereignis, nicht mehr als Verrat, sondern als ein insgesamt erfolgreich verlaufener politischer Transformationsprozess, der zwar auch Tote und Verletzte hervorgebracht hat, aber nicht im gleichen Maße wie die Französische, die Russische oder andere historische Revolutionen. Aus einem stark negativ konnotierten bundesdeutschen Erinnerungsort ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein positiver Bezugspunkt geworden. Die Revolution wird auf diese Weise politischen Erziehungsabsichten dienstbar gemacht; das mag man kritisieren oder befürworten, es ist aber wohl ein Zeichen für gesellschaftliches Interesse an einer Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Grundlagen der Demokratie in Deutschland.

11 Lutz Raphael, *Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart*, 2., durchges. Aufl., München 2010 (zuerst 2003), S. 266–270.

12 Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier in der Gedenkstunde des Bundestages am 9. November 2018, URL: <<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/11/181109-Gedenkstunde-Bundestag.html>> [5.8.2019].

13 Wolfgang Niess, *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie*, Berlin/München etc. 2017; Robert Gerwarth, *Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit*, München 2018; Joachim Käppner, *1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen*, München 2017.

14 Gisela Bock, 100 Jahre Frauenwahlrecht. Deutschland in transnationaler Perspektive, in: *ZfG* 66, 2018, S. 395–412; Hedwig Richter/Kerstin Wolff (Hrsg.), *Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa*, Hamburg 2018.

## II. REVOLUTIONEN UND IHRE ERFORSCHUNG

In der Auseinandersetzung um Haffners Buch spiegeln sich einige der Probleme, die Gegenstand des neuen AfS-Bandes sind: der Streit um den »richtigen« Revolutionsbegriff, der Traum von einer »besseren Welt« und das Verhältnis von Revolution und »Emanzipation«; die Frage, ob von einer Revolution erst dann wirklich gesprochen werden könne, wenn sie zu einem »Mehr« an »Freiheit« führe<sup>15</sup> und wodurch diese Freiheit bestimmt wird; die nachträgliche, politisch-kulturell aufgeladene Suche nach den Gründen für das »Scheitern« von Revolutionen – und die Auseinandersetzung darüber, welche Rolle die Gewalt für revolutionäre Veränderungen spielen sollte und durfte.

Revolutionsgeschichte war immer auch Teil zeitgenössischer politischer Sinnsuche und erinnerungskultureller Konflikte, auch innerhalb der (Geschichts-)Wissenschaft. Dazu gehört die Frage, ob sich bestimmte historische Prozesse politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Wandels überhaupt mit dem Label »Revolution« beschreiben lassen.<sup>16</sup> Waren die Unabhängigkeit der USA, der südamerikanischen Staaten<sup>17</sup> und Haitis Revolutionen?<sup>18</sup> Wie kann man die gescheiterten Umsturzversuche in Europa und die Revolutionen rund um den Atlantik im »Age of Revolution« angemessen beschreiben?<sup>19</sup> Ist es angemessen, von der nationalsozialistischen »Machtergreifung« als »Revolution« zu sprechen?<sup>20</sup> Waren die »68er« globale »Kulturrevolutionäre«? In welchem Verhältnis standen in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts Krieg und Revolution? Und wie veränderte beispielsweise die Erfahrung der Dekolonisierungsprozesse Theorien und Interpretationsmodelle revolutionären Wandels?<sup>21</sup>

Dass Revolutionen »friedlich« verlaufen können, wird gewissermaßen in der politischen Debatte der Gegenwart als deutscher »Sonderweg« interpretiert – und zum leuchtenden Vorbild gegenüber all denjenigen Bewegungen, die zu so viel »Zivilität« nicht in der Lage seien. Revolutionsgeschichte fügt sich damit ein in unterschiedliche Erzählweisen und Erinnerungskulturen moderner Gesellschaften. In den 1960er- und 1970er-Jahren war die Suche nach der Revolution vielfach begleitet von einem guten Schuss Romantik und einer

15 Zu den Problemen einer neuen, kulturgeschichtlich erweiterten Revolutionsgeschichte vgl. unter anderem *Nicole Wiedemann/Kay Kirchmann*, Revolution als Selbstmandatierung und -inszenierung. Eine begriffsgeschichtliche Annäherung an eine problematische Kategorie, in: *Sven Grampp/Kay Kirchmann/Marcus Sandl* u. a. (Hrsg.), *Revolutionsmedien – Medienrevolutionen*, Konstanz 2008, S. 25–64, anregend insb. S. 38–54.

16 Vgl. dazu auch *Helmut Berding*, Revolution als Prozeß, in: *Karl-Georg Faber/Christian Meier* (Hrsg.), *Historische Prozesse*, München 1978, S. 266–289; Berding diskutiert dort auch die Frage der »Standortgebundenheit« revolutionstheoretischer Forschung.

17 *Stefan Rinke*, Revolutionen in Lateinamerika. Wege in die Unabhängigkeit 1760–1830, München 2010.

18 Unter anderem *Philippe R. Girard*, *The Slaves Who Defeated Napoleon. Toussaint Louverture and the Haitian War of Independence, 1801–1804*, Tuscaloosa 2011; *David Patrick Geggus/Norman Fiering* (Hrsg.), *The World of the Haitian Revolution*, Bloomington/Indianapolis 2009; *Lester D. Langley*, *The Americas in the Age of Revolution, 1750–1850*, New Haven/London 1996.

19 Als Klassiker vgl. *Eric Hobsbawm*, *The Age of Revolution. Europe 1789–1848*, London 1975 (zuerst 1962); als neuere Perspektive vgl. *David Armitage/Sanjay Subrahmanyam* (Hrsg.), *The Age of Revolutions in Global Context, c. 1760–1840*, Basingstoke 2009; als Versuch, die Geschichte der Französischen Revolution in eine globalhistorische Perspektive einzubinden: *Suzanne Desan/Lynn Hunt/William Max Nelson* (Hrsg.), *The French Revolution in Global Perspective*, Ithaca/London 2013.

20 *Horst Möller*, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Konterrevolution oder Revolution?, in: *VfZ* 31, 1983, S. 25–51.

21 Als Überblick vgl. *Fabian Klose*, Dekolonisation und Revolution, in: *European History Online* (EGO), 9.5.2014, URN: <urn:nbn:de:0159-2014050809> [15.7.2019].

Prise »Kaltem Krieg«<sup>22</sup>, von der Auseinandersetzung zwischen modernisierungs- und strukturfunktionalistischen Ansätzen einerseits und stärker marxistisch inspirierten Arbeiten andererseits. In der DDR gab es mit dem »Interdisziplinären Zentrum für vergleichende Revolutionsforschung« in Leipzig um Walter Markov und später Manfred Kossok eine originelle, auch international angesehene Forschungsinstitution, deren Arbeiten über das Jahr 1989 hinaus relevant blieben und die sich stärker als viele Historiker-Kollegen im Westen für die Umbrüche außerhalb Europas interessierten.<sup>23</sup>

Teile der westlichen sozialwissenschaftlichen Revolutionsforschung richteten ihren Blick in den 1980er-Jahren auf Nicaragua, die Philippinen oder den Iran und entdeckten neben den Bauern auch den Klerus und die Studenten als revolutionäre Kräfte. Zugleich gab es wenig erfolgreiche Versuche, Modelle der mathematischen Katastrophentheorie zu erproben, um so die Dynamik der Systemtransformation neu zu vermessen.<sup>24</sup> Kein noch so ambitioniertes sozialwissenschaftliches Prognosemodell konnte indes die Implosion der staatssozialistischen Gesellschaften voraussagen<sup>25</sup>, und wo bald vom »Ende der Geschichte« und dem Sieg der Demokratien westlicher Prägung die Rede war, gab es für die Revolution nur noch im Museum einen Platz. Dass sich das inzwischen, so scheint es, wieder geändert hat<sup>26</sup>, dürfte viel mit den Umbrüchen innerhalb der arabischen Welt zu tun haben, die sich ihrerseits mit den gängigen Revolutionstheorien nur schwer fassen lassen<sup>27</sup>, und sicher auch mit den Erfahrungen der Finanz- und Wirtschaftskrisen ab 2007.

Die Sozialgeschichte hat zu diesen Debatten um Transformation und Revolution unserer jüngsten Vergangenheit bisher scheue Distanz gewahrt.<sup>28</sup> Gleichzeitig wird man doch sagen können, dass es parallel zu den Aufmerksamkeitsschüben zumindest der deutschen Revolutionsjubiläen an Arbeiten nicht mangelt, die sich mit den Zäsuren von 1848/49, 1918/19 oder – in empirisch deutlich weniger substanzieller Weise – mit 1989 beschäftigen. Aber die Feststellung dürfte kaum übertrieben sein, dass es an methodisch oder räumlich erweiterten Studien zur Revolutionsgeschichte, gar an Arbeiten, die die Ergebnisse der außereuropäischen Geschichte zur Kenntnis nehmen, oder auf neuerliche Weise das Gespräch mit der (selbst inzwischen etwas verstummten) historischen Soziologie suchen, eher zu wenige als zu viele gibt. Manches hat mit dem beinahe völligen Verschwinden einer marxistisch inspirierten Geschichtsschreibung zu tun, die gerade in der Revolutionsforschung doch immer wieder wichtige Impulse gesetzt hat. Aber womöglich liegt es auch an den – viel älteren – Herausforderungen, auf die Reinhart Koselleck schon vor vielen

22 Aus der Vielzahl an Studien: *Dieter Kramer*, Reform und Revolution bei Marx und Engels, Köln 1971; *Kurt Lenk*, Theorien der Revolution, München 1973; einflussreich vor allem *Crane Brinton*, The Anatomy of Revolution, New York 1957; *James C. Davies*, Toward a Theory of Revolution, in: American Sociological Review 27, 1962, S. 5–19.

23 Aus der Vielzahl vgl. unter anderem *Walter Markov/Albert Soboul*, 1789. Die große Revolution der Franzosen, Berlin (Ost) 1973; als späte Würdigung der Nachruf von *Volker Ullrich*, Kommunist ohne Partei. Zum Tode des Historikers Walter Markov, in: Die ZEIT, 16.7.1993, S. 41.

24 *Walter L. Bühl*, Revolution und Systemtransformation, in: Politische Vierteljahresschrift 28, 1987, S. 162–196.

25 *Wolfgang Merkel*, Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?, in: *ders.* (Hrsg.), Systemwechsel, Bd. 1: Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, Opladen 1996, S. 303–331.

26 Ausführlich dazu *Florian Grosser*, Theorien der Revolution. Zur Einführung, Hamburg 2013, insb. S. 9–14.

27 *Reinhard Schulze*, Vom Ende und Anfang der Revolution – fünf Bemerkungen mit Blick auf die arabische Welt, in: JMEH 11, 2013, S. 220–242.

28 In eine ähnliche Richtung argumentiert bereits *Marcus Sandl*, Die Revolutionsgeschichte als Reflexionsfigur der Geschichte. 1789, die Geschichtswissenschaft und ihre Medien, in: *Grampp/Kirchmann/Sandl* u. a., Revolutionsmedien – Medienrevolutionen, S. 65–92, insb. S. 66–72.

Jahren hingewiesen hat, als er auf die Doppelbödigkeit und metaphorische Kraft des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs verwies.<sup>29</sup> Der Begriff der Revolution wandelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts von der Beschreibung eines einzelnen Ereignisses, vom historischen Moment zu einem Epochenbegriff, zur Idee der Revolution als einem fortlaufenden Prozess<sup>30</sup>; aus der Revolution wurde das »große Drama« des Revolutionszeitalters, wie Jacob Burckhardt 1871 im Rückblick auf die europäische Geschichte seit der Französischen Revolution festhielt.<sup>31</sup> Gegner wie Befürworter sahen in der Französischen Revolution ein weltgeschichtliches Ereignis am Werk, eine Zäsur, weil ihr Veränderungswille nicht nur dem Staat, sondern der ganzen Gesellschaftsordnung geglont und damit den Keim der sozialen Revolution und der Gewalt in sich getragen habe. Die Rolle der Gewalt jedenfalls blieb strittig beim Versuch, den Revolutionsbegriff näher zu bestimmen. Und der Deutungsstreit um die Französische Revolution sollte für das ganze 19. und 20. Jahrhundert prägend bleiben. Die Verbindung von revolutionärer Theorie, politischer Analyse und hoffnungsvollem Zukunftsentwurf, von Geschichtsphilosophie und dem Aufruf zur revolutionären Tat sollte prägend für die marxistisch inspirierte Revolutionstheorie des 19. Jahrhunderts sein. In ihrem Nachdenken spiegelten sich die Erfahrungen der industriekapitalistischen Klassengesellschaft und die Hoffnung, diese »Ketten der Knechtschaft« einmal zerreißen zu können.<sup>32</sup>

Zwei Erfahrungsbereiche spiegeln sich im Begriff der Revolution: Er verweist auf das Element von Unruhe, Rebellionen und Aufständen, die sich gegen die etablierte Ordnung richteten. Gleichzeitig reflektiert der Begriff auch einen längerfristigen Strukturwandel, der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verbindet und auf eine spezifische Zeitlichkeit verweist. Eine Geschichte der Revolution steht also immer vor einem mehrfachen Problem: Denn der Begriff ist sowohl erkenntnisleitendes Konzept als auch eine Form der Handlungsanweisung, Reflexionsbegriff und politisches Programm. Was das bedeutet, lässt sich an jenen, inzwischen häufiger zu beobachtenden Versuchen ablesen, Revolutionsgeschichte und persönliche Selbstkritik miteinander zu verbinden.<sup>33</sup>

Die Versuche, den Begriff der Revolution genau zu bestimmen, sind ungezählt – und genauso unübersehbar ist das semantische Feld, in dem unsere Gegenwart von »revolutionären Veränderungen und Brüchen« erschüttert zu werden scheint. Die Revolution lauert gewissermaßen an jeder Ecke. So unterschiedlich die zahlreichen theoretischen Anstrengungen der Vergangenheit auch waren, im Kern geht es doch immer wieder um mindestens fünf zentrale Probleme, Revolution als spezifische Form sozialen Wandels zu beschreiben:<sup>34</sup> *Erstens* geht es um das Ziel des revolutionären Wandels, die Legitimität gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung, um soziale und politische Herrschaftsformen, Eigentumsverhältnisse und den Kampf um die Anerkennung bestehender Rechtsverhältnisse und

29 *Reinhart Koselleck*, Historische Kriterien des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs, in: *ders.*, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik historischer Zeiten*, Frankfurt am Main 1989, S. 67–86; auch *ders.*, »Revolution, Rebellion, Aufruhr, Bürgerkrieg«, in: *Otto Brunner/Werner Conze/ders.* (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 653–788.

30 *Keith Michael Baker*, Revolution 1.0, in: *JMEH* 11, 2013, S. 187–219, insb. S. 189.

31 *Jacob Burckhardt*, *Geschichte des Revolutionszeitalters*. Aus dem Nachlass hrsg. v. *Wolfgang Hardtwig/Simon Kießling/Bernd Klesmann* u. a., München/Basel 2009, S. 14.

32 *Dieter Langewiesche*, Revolution, in: *Richard von Dülmen* (Hrsg.), *Fischer Lexikon Geschichte*, Frankfurt am Main 2003, S. 250–270, hier: S. 253.

33 *Gero von Randow*, *Wenn das Volk sich erhebt. Schönheit und Schrecken der Revolution*, Köln 2017.

34 Vgl. in diese Richtung bereits *Peter Wende*, *Große Revolutionen der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München 2000, S. 10–14; weiterführend *Jörn Leonhard*, Über Revolutionen, in: *JMEH* 11, 2013, S. 170–186.

institutionelle Verfasstheiten. Revolutionsforschung fragt also nach Form und Reichweite des Elitenaustausches, nach neuen politischen Organisationsformen von Gesellschaften, veränderten sozialen Strukturen und ihrer moralischen Begründung. *Zweitens* hat insbesondere die historische Soziologie immer wieder versucht, präziser zu bestimmen, wann gesellschaftlicher Protest in eine revolutionäre »Situation« mündet. Unter welchen Umständen hat also eine Revolution Aussicht auf Erfolg und wie ist das Verhältnis von »Kausalität und Kontingenz«<sup>35</sup> zu bestimmen? Waren Revolutionen nichts anderes als die Wiederherstellung eines aus den Fugen geratenen gesellschaftlichen Gleichgewichts? Folgen sie einem Kreislauf aus Radikalisierung, gewalttätigem Umsturz, gegenrevolutionärer Dynamik und neuer zentralistisch-militärischer Herrschaft? Oder spiegelten sich in ihnen gar massenpsychologische Affekte, die Enttäuschung über verletzte Regeln der Moral Economy?

Charles Tilly und Theda Skocpol haben in den 1970er-Jahren auf unterschiedliche Weise diese Debatte entscheidend geprägt. Skocpol interessierte sich vor allem für »erfolgreiche« Revolutionen und solche, die einen fundamentalen Umbruch in der politisch-sozialen Ordnung zur Folge hatten – und blickte deshalb vor allem auf die Französische, die Russische und die Chinesische Revolution.<sup>36</sup> Alle drei seien agrarisch geprägte, bürokratisch-autoritäre Gesellschaften, die innen- wie außenpolitisch handlungsunfähig gewesen seien. Den bäuerlichen Protest hätten sie nicht mehr kanalisieren können. Die Soziologin interessierte sich vor allem für die Formen revolutionärer Mobilisierung und Klassenkonflikte, die Folgen außenpolitischer Isolierung und die innerstaatlichen Legitimationsdefizite und Verwerfungen. Handelnde Akteure traten bei ihr dagegen kaum auf, und auch die Frage der Ideologie oder unterschiedliche Zukunftsentwürfe spielten eine eher untergeordnete Rolle. Gleichwohl wies eine solche, aus der Schule Barrington Moores stammende Revolutionsforschung einige erhebliche Vorzüge auf, weil sie – ungewöhnlich genug – historisch vergleichend arbeitete und auch die Vielschichtigkeit staatlicher Machtbeziehungen reflektierte.<sup>37</sup> Charles Tilly, der seine Gesamtdarstellung der europäischen Revolution im Lichte der Umbruchsjahre von 1989 verfasste, akzentuierte seine Analyse weniger staatszentriert. Er machte vor allem drei zentrale Faktoren aus, die ihn von einer »revolutionären Situation« sprechen ließen:<sup>38</sup> wenn Individuen oder Gruppen die radikale Forderung nach der »Übernahme der Macht im Staat oder Teilen des Staates« stellten; wenn solche Ansprüche durch einen »wesentlichen Teil der Bevölkerung« unterstützt würden und schließlich, wenn die Herrschenden nicht mehr in der Lage seien, die Begehrlichkeiten der neuen Rivalen zu unterdrücken. Es brauche also diejenigen, die die Legitimation der Ordnung infrage stellen; neue, mächtige Akteure, die in der Lage seien, die Interessen zu artikulieren und neue Bündnisse zu schließen, und eine in sich paralyisierte, ältere Herrschaftsform.<sup>39</sup>

Tilly unterschied eine solche Mächtekonstellation von einem »revolutionären Ergebnis«, das in dem Moment vorliege,

»wenn die politische Macht von denjenigen Machthabern, die sie vor Beginn der gleichzeitigen Übernahme der Souveränität durch mehrere gesellschaftliche Kräfte innehatten, auf eine neue herrschende Koalition übergeht – zu der natürlich auch Elemente der alten herrschenden Koalition gehören können. Vorausgesetzt[,] es besteht eine revolutionäre Situation, dann kann es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu revolutionären Ereignissen kommen, wenn sich feste Koalitionen zwischen den

35 Ebd., S. 180.

36 *Theda Skocpol*, *States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia, and China*, Cambridge/New York etc. 1979.

37 *Barrington Moore Jr.*, *Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World*, Boston 1966.

38 *Charles Tilly*, *Die europäischen Revolutionen*, München 1999 (zuerst engl. 1993), insb. S. 31–38.

39 Ebd., S. 32.

Herausforderern des Staates und Mitgliedern des Gemeinwesens bilden [...]. Allgemeiner ausgedrückt heißt das, daß die unmittelbaren Ursachen revolutionärer Folgen das Lossagen von Mitgliedern des Gemeinwesens von den bisherigen Machthabern, das Gewinnen bewaffneter Streitkräfte durch die revolutionären Koalitionen, die Neutralisierung oder der Abfall der Streitkräfte des Regimes von ihren bisherigen Herren und die Beherrschung des Staatsapparats durch Mitglieder einer revolutionären Koalition sind. Wenn das alles rasch geschehen ist, hat ein revolutionärer Machtwechsel stattgefunden.«<sup>40</sup>

Dieser Machtwechsel, das ist ein *dritter* Fluchtpunkt der Revolutionsforschung, geschieht nicht freiwillig. Die Frage der Notwendigkeit von Gewalt als Teil revolutionärer Umgestaltung war und ist in der Revolutionsforschung umstritten. Das betrifft Dauer und Intensität, Form und Funktion und gehört zu den besonders konfliktreichen Gegenständen. Und sie galt vor allem für jene als besonders drängend, die, wie Wladimir Iljitsch Lenin, die Revolution nicht nur analysieren, sondern sie auch machen wollten.<sup>41</sup> Insofern wundert es nicht, dass Lenin wie auch Rosa Luxemburg deutlich stärker als Karl Marx die Bedeutung der Aktion und der proletarischen Handlungsmacht in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellten.<sup>42</sup> Deshalb spielte die Funktion und Legitimität der Gewalt für Lenin eine herausragende Rolle, zeigte sich für ihn doch in der historischen Analyse gescheiterter revolutionärer Etappen, dass letztlich die sozialistische Revolution nur im siegreichen Kampf und durch die schonungslose Ausübung von Gewalt gegen die »Reaktion« durchgesetzt werden könne.<sup>43</sup> In der Kritik des Kolonialismus, wie sie Frantz Fanon in den 1950er- und 1960er-Jahren formulierte und die so wirkungsmächtig für die postkoloniale Theorie werden sollte, spielte die Gewalt als revolutionäres Instrument zur Befreiung der Unterdrückten eine zentrale Rolle – und doch war seine Deutung keineswegs so eindimensional, wie sie in der zugespitzten Lektüre von Jean-Paul Sartres Vorwort klang und seinen Weg um die Welt machte.<sup>44</sup> Denn von Sartre – und nicht von Fanon – stammte das berühmt-berühmte Zitat aus dem Vorwort: »[I]n der ersten Zeit des Aufstands muß getötet werden: einen Europäer erschlagen heißt zwei Fliegen auf einmal treffen, nämlich gleichzeitig einen Unterdrücker und einen Unterdrückten aus der Welt schaffen. Was übrigbleibt, ist ein toter Mensch und ein freier Mensch.«<sup>45</sup>

Fanons Klassiker postkolonialer Kritik »Die Verdammten dieser Erde« betonte die Gewalt des kolonialen Alltags, die subtilen (und weniger subtilen) Formen der Unterdrückung und die Legitimität von Gegengewalt als Notwehr und kollektiv-bindendes Moment der Unterdrückten. Aber die Praxis der Gewalt führte im Sinne Fanons auch zu einer Art Subjektwerdung der Unterdrückten, der Möglichkeit, den eigenen entfremdeten Status zu ändern, und erstmalig als souveräner Akteur zu agieren – Gewalt also nicht nur als Teil des revolutionären Kampfes, sondern auch als innere Reinigung und Traumabewältigung.

Für Fanon war gerade dieses Motiv, die Suche nach den Gründen und der subjektiven Wahrnehmung der Akteure, eine zentrale Dimension seiner revolutionstheoretischen Überlegungen. Damit ist eine *vierte* Dimension der Revolutionsforschung beschrieben, die sich mit Selbstdeutung, Lernerfahrungen, Gestaltungswillen und Zeitempfinden der Revolutionäre beschäftigt. Hannah Arendt hat auf einen Aspekt dieser Dimension schon frühzeitig in ihrem revolutionstheoretischen Klassiker hingewiesen:

40 Ebd., S. 38f.

41 Knapp und präzise Grosser, Theorien der Revolution, S. 118–124.

42 Kurt Lenk, Theorien der Revolution, 2., verb. u. erw. Aufl., München 1981 (zuerst 1973), S. 158–171, zu Lenin und Luxemburg.

43 Wladimir Iljitsch Lenin, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Leipzig 1919, insb. S. 18f.

44 Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde. Mit Vorwort von Jean-Paul Sartre, Frankfurt am Main 1966 (zuerst frz. 1961).

45 Jean-Paul-Sartre, Vorwort, in: ebd., S. 7–25, hier: S. 27.

»Aber die Kategorie der Gewalt wie die Kategorie des bloßen Wechsels oder Umsturzes ist für eine Beschreibung des Phänomens der Revolution ganz unzulänglich; nur wo durch Wechsel ein Neuanfang sichtbar wird, nur wo Gewalt gebraucht wird, um eine neue Staatsform zu konstituieren, einen neuen politischen Körper zu gründen, nur wo der Befreiungskampf gegen den Unterdrücker die Begründung der Freiheit wenigstens mitintendiert, können wir von einer Revolution im eigentlichen Sinne sprechen.«<sup>46</sup>

Der Begriff des »Neuanfangs« zielt auf jene spezifische Temporalität revolutionärer Umbrüche, die in der Wahrnehmung der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen ein Gefühl für das »Vorher« und »Nachher«, für die Revolution als verdichtete historische Erfahrung vermittelt, die »Fortschritt« und eine bessere »Zukunft« als neue, denkbare Kategorien einführt und den alten, zyklischen Geschichtsbildern entgegensetzt.

Revolutionen schufen ihre eigene Dramaturgie und ihre eigenen Mythen, Bildsprachen und Geschichtsbilder, die als Blaupausen künftiger Veränderungen dienen konnten – und dabei ihrerseits heftig umstritten waren: so, wie auf dem Dritten Deutschen Soziologentag in Jena, auf dem sich 1922 Deutschlands führende Soziologen trafen, um, so kurz nach dem politischen Umsturz, das »Wesen der Revolution« zu ergründen. Den Auftakt machte Leopold von Wiese, der seinen Hauptvortrag unter die Überschrift »Die Problematik einer Soziologie der Revolution« stellte.<sup>47</sup> Ganz allgemein definierte von Wiese Revolutionen als »eine plötzliche und in schnellem Zeitmaß vor sich gehende Machtverschiebung«<sup>48</sup> – gewissermaßen soziale »Parallelerscheinungen zu den Mutationen der Biologie«. Revolutionen – das waren für den Kölner Soziologen eine Mischung aus brüchig gewordenen sozialen Strukturen und dem »Seelenleben der Menschen«. Von Wiese konzentrierte sich in seinen Überlegungen vor allem auf das Verhältnis von »Führer« und »Masse« und sah in den revolutionären sozialen Bewegungen einen ungebildeten Pöbel, der keineswegs der Ideologie oder den großen Worten seiner Anführer folgte, sondern lediglich »Lastenabschüttlung und Genuß« im Sinne habe. So sehr sich seine Ausführungen auch immer wieder der »wertfreien« Analyse revolutionärer Umbrüche und ihrer Folgen widmeten, so ließ er doch keinen Zweifel daran, für wie gefährlich er letztlich Formen des Staatsumsturzes hielt. Einer großen »Idee« wären die »Massen« noch nie gefolgt, und immer würden sie heute solchen zujubeln, die sie gestern noch verflucht hätten. Am Ende sei doch immer die gleiche Entwicklung erkennbar: »Im Widerstande gegen das Bestehende fügt sich aus Traum und Reformwille eine neue Utopie und zersetzt allmählich wiederum die Grundmauern des realen Baues.«<sup>49</sup> Zwar verdammte von Wiese die Revolution an sich keineswegs, sah durchaus »Edeles und Uedeles« gleichermaßen am Werk, und doch schien klar, dass es (staatliche) Aufgabe sei, Gesellschaften so zu organisieren, dass es gar nicht erst zu Revolutionen kommen könne. Durchweg auf Zustimmung stieß diese Deutung nicht. In der anschließenden Diskussion nahmen sich die marxistisch inspirierten Soziologen wie Max Adler ihren Kölner Kollegen heftig zur Brust.<sup>50</sup> Das alles habe mit Soziologie nichts zu tun, zürnte Adler. Denn der Vortrag habe sich in massenpsychologischen Banalitäten ergossen, sich aber nicht für die Ursachen von Revolutionen und schon gar nicht für die gegenwärtigen Konflikte interessiert. Von gesellschaftlichen Konflikten, von Klassen, Kämpfen, gar von Interessen habe der »Kollege« gar nicht erst gesprochen, und auch nicht von der Pluralität der Erfahrungen all jener, die sich der Revolution verschrieben

46 *Hannah Arendt*, Über die Revolution, München 1965 (zuerst engl. 1963), S. 41f.

47 *Leopold von Wiese*, Die Problematik einer Soziologie der Revolution, in: Verhandlungen des 3. Deutschen Soziologentages am 24. und 25. September 1922 in Jena, hrsg. v. der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Tübingen 1923, S. 6–23.

48 Ebd., S. 12.

49 Ebd., S. 16.

50 *Max Adler*, Diskussionsbeitrag, in: ebd., S. 40–44.

hatten. Aufgabe der Soziologie sei es doch, Gesetzmäßigkeiten der Veränderungen zu entdecken – und da sei der Beitrag von Wieses in jeder Hinsicht unzureichend.

Für die marxistisch inspirierte Revolutionsforschung, wie sie Adler mit so viel Verve vortrug, war insbesondere die lange nachhallende und auch die Anfänge der deutschen Gesellschaftsgeschichte so prägende Bonapartismus-Rezeption des »18. Brumaire« von Karl Marx von entscheidender Bedeutung.<sup>51</sup> Die so berühmt gewordene Formel, Revolutionen seien die »Lokomotiven der Geschichte«<sup>52</sup>, hatte hier ihren Ursprung, in der Analyse der ökonomischen Lage französischer Bauern am Vorabend des Staatsstreichs Louis Bonapartes. Marx hatte seine Analyse des »18. Brumaire des Louis Bonaparte« für ein Publikum geschrieben, das noch ganz im Bann der Revolutionsjahre 1848/49 stand. Woran war die Zweite Republik gescheitert? Seine vergleichende Revolutionsgeschichte verband Vergangenheit und Gegenwart französischer Revolutionserfahrung und setzte die Staatsstrieche vom 18. Brumaire 1799 und vom 2. Dezember 1851 in unmittelbaren Zusammenhang. Was Marx besonders interessierte, war die Rolle der Bourgeoisie und ihre Bereitschaft, das in der Februarrevolution von 1848 geschmiedete Bündnis mit den Arbeitern aufzukündigen – mit dem Ergebnis eines politischen Vakuums, das Louis Bonaparte für sich zu nutzen wusste. Die Uneinigkeit der verschiedenen Klassenkräfte einerseits und die plebiszitäre Politik, gekoppelt mit sozialen Reformen, alten imperialen Ansprüchen und restaurativen Bündnissen zwischen Staat und Kirche andererseits hätten dafür gesorgt, eine eigene Herrschaftsform zu etablieren, in der sich die Exekutive zunehmend verselbstständigte und die proletarisch-revolutionären Bewegungen auszubremsen vermochte. Marx legte damit eine Deutung ausbleibender Revolutionen vor, die weit über die unmittelbare historische Konstellation hinauswies und die Frage nach notwendigen Bündniskonstellationen in den Mittelpunkt revolutionstheoretischer Überlegungen stellte. Innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung und den mit ihr verbundenen Intellektuellen sollte gerade die – jeweils epochal angepasste und situativ neu gestellte – Bonapartismus-Rezeption eine zentrale Rolle in der Revolutionsanalyse und -prognose spielen. Denn schließlich ging es dabei ja immer wieder auch um einen möglichen »Reifegrad« von Gesellschaften, der überhaupt die Ausgangsvoraussetzung für einen Übergang sei. Für die Revolutionsforschung waren die Analysen des »18. Brumaire« in mehrfacher Weise bedeutsam: Sie lieferten ein Modell für gescheiterte Revolutionen, sie öffneten die Analyse für die Transformationen staatlich-bürokratischer Ordnung und ihrer Anpassungsfähigkeit und verwiesen auf die spezifische postrevolutionäre Autorität einer neuen, spezifisch charismatischen Herrschaft, wie sie später Max Weber im Bonapartismus zu erkennen glaubte.

Die Geschichte der Bonapartismus-Rezeption verweist auf ein *fünftes*, noch jüngeres Feld der Revolutionsforschung, für das sich die sozialwissenschaftliche Revolutionsforschung, auch in ihren besten Momenten, kaum interessiert hat: die Frage nach der Beziehungsgeschichte von Revolutionen und revolutionärem Handeln.<sup>53</sup> Für welche Sprache

51 Ausführlich dazu *Jörn Leonhard*, Das Präsens der Revolution. Der Bonapartismus in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, in: *Werner Daum/Kathrin S. Hartmann/Simon Palaoro* u. a. (Hrsg.), *Kommunikation und Konfliktaustragung. Verfassungskultur als Faktor politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse*, Berlin 2010, S. 293–317, insb. S. 306–317.

52 *Karl Marx*, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850, in: *ders./Friedrich Engels*, *Werke*, Bd. 7, Berlin (Ost) 1960, S. 9–107, hier: S. 85.

53 *Klaus Deinert*, Die mimetische Revolution oder die französische Linke und die Re-Inszenierung der Französischen Revolution im 19. Jahrhundert (1830–1871), Stuttgart 2001; *Keith Michael Baker/Dan Edelstein* (Hrsg.), *Scripting Revolution. A Historical Approach to the Comparative Study of Revolutions*, Stanford 2015; *Gabriel Schoenfeld*, Uses of the Past. Bolshevism and the French Revolutionary Tradition, in: *Gail M. Schwab/John R. Jeanneney* (Hrsg.), *The French Revolution of 1789 and Its Impact*, Westport 1995, S. 285–304.

entschieden sich die Revolutionäre<sup>54</sup>, an wem orientierten sie sich, was war das kulturelle Repertoire, mit dem die »klassischen Revolutionen« gedeutet und an die Gegenwart angepasst werden konnten?<sup>55</sup> »Die Revolution« als Kollektivsingular war eine europäische Erfindung und ein europäisches Exportgut und sie lenkte in ihrer sprachlichen Kodifizierung auf sehr spezifische Aspekte des Umbruchs: Eine solche Revolutionsforschung richtete ihren Blick weniger auf »Ursache« und »Wirkung« als auf das, was die Akteure selbst als »revolutionär« betrachteten, was sie daraus folgerten, worauf sie sich historisch stützten – und wie wirkmächtig solche Selbstdeutungen und Aneignungsprozesse für den Revolutionsverlauf werden sollten.

### III. ZU DEN EINZELNEN BEITRÄGEN DES BANDES

Die Beiträge des vorliegenden Bandes nehmen Impulse aus den sozialwissenschaftlichen Überlegungen zur Revolution und aus historischen Debatten über spezifische Revolutionen auf. Das Spektrum der Themen reicht zwar von der mittelalterlichen römischen Geschichte bis in die europäische Gegenwart, doch liegt quantitativ ein Schwerpunkt in der Geschichte Deutschlands des 19. und 20. Jahrhunderts. Angesichts des beschriebenen gesellschaftlichen wie politischen Interesses an den Anfängen der Demokratie ist dies vielleicht nicht verwunderlich, doch könnte sich dahinter auch ein ganz anderes Problem verbergen: Es gibt viel zu wenig geschichtswissenschaftliche Forschung mit neueren Methoden und Fragen zur Revolutionsgeschichte an sich, sowie zur Geschichte der deutschen Revolutionen 1848/49 und 1918/19. Zu diesem Ergebnis kommt etwa Nadine Rossol in ihrem Literaturüberblick zu den Neuerscheinungen zur Revolution 1918/19 der letzten Jahre.<sup>56</sup> Die Popularisierung vorhandener politikhistorischer Interpretationen stehe dabei wohl mehr im Vordergrund als eine methodisch innovative und transnational vergleichende Revolutionsgeschichte.<sup>57</sup> Gibt es demgegenüber deutlich mehr Neues zur Russischen Revolution 1917 zu lesen, so macht doch auch Lutz Häfner in seiner Bestandsaufnahme darauf aufmerksam, dass mehr Kompilationen von Bekanntem angeboten werden als originär neue Forschung zum Jahr 1917 in Russland.<sup>58</sup> Vergleichbar ist ebenso die Konzentration auf bekannte Akteure und Gruppen und die Vernachlässigung von Erfahrungsgeschichte, lokalen Entwicklungen sowie innovativen kulturhistorischen Fragestellungen. Das alles mag unter anderem auf den Buchmarkt zurückzuführen sein, in dem Jubiläumsjahre zum Anlass werden, konsumierbare Waren für einen größeren Markt zu produzieren. Möglicherweise liegt das konstatierte Defizit aber auch in der Geschichtswissenschaft selbst, die sich von der älteren, politikwissenschaftlich orientierten Revolutionsforschung verabschiedet hat, ohne zugleich neue Zugänge zu erproben.

Dass Revolutionsforschung aber nicht *old-fashioned* ist, sondern nach wie vor zentrale Fragen zum historischen Wandel bereithält, zeigen die Beiträge ebenso, sowohl aus empirischer wie theoretischer Perspektive. Andreas Fahrmeir und Thomas Mergel diskutieren

54 Zur neueren Begriffsgeschichte vgl. *Ilan Rachum*, »Revolution«. The Entrance of a New Word into Western Political Discourse, New York/Oxford 1999, insb. S. 221–247.

55 *David Patrick Geggus*, The Effects of the American Revolution on France and Its Empire, in: *Jack P. Greene/Jack Richon Pole* (Hrsg.), A Companion to the American Revolution, Malden/Oxford 2000, S. 523–530.

56 Vgl. den Beitrag von Nadine Rossol in diesem Band, S. 347–368.

57 Vgl. auch *Rüdiger Hachtmann*, Blick zurück und in die Zukunft. Die Sicht auf die »Novemberrevolution« 1919 bis 2018 und mögliche Perspektiven einer kritischen Revolutionshistoriographie, in: Sozial.Geschichte Online 23, 2018, S. 107–165, URL: <<https://doi.org/10.17185/duerpublico/47046>> [10.8.2019].

58 Vgl. den Beitrag von Lutz Häfner in diesem Band, S. 309–346.

vor dem Hintergrund einzelner Revolutionen der Neuzeit den Nutzen von systematischen Zugriffen auf das historische Phänomen.<sup>59</sup> Während es bei Fahrmeir um das Erkenntnispotenzial von Verlaufsmustern geht, wendet sich Mergel der Performativität von Revolutionen zu. Beide gehen nicht von einer zuvor gegebenen Definition von Revolution aus, sondern erörtern anhand konkreter Praxen, Selbstaussagen und historischer Bezüge sowie der in der Moderne gesteigerten Medialität von Revolutionen vergleichende Überlegungen. Sie argumentieren dafür, zeitgenössische Vorstellungen über typische Verlaufsformen von Revolutionen ebenso als handlungsleitend zu verstehen wie konkrete, oftmals zufällige gesellschaftlich-politische Konstellationen, die erst im Nachhinein in ein Ursache-Folge-Schema gebracht werden können. Die »Lokomotiven der Geschichte« erhalten ihr Brennmaterial also auch aus dem Verständnis der revolutionären Akteure, wie eine »richtige« Revolution verlaufen soll. Mimesis und Adaption zeichnen nach Mergel ein solches Skript aus, aber auch historisches Wissen und theoretische Konzepte sind unabdingbar. Die Französische Revolution galt vielen als Vorbild, sowohl positiv wie negativ und insbesondere hinsichtlich der Phase der *Terreur*, die wahlweise als notwendig und legitim oder als Ursache für das Scheitern einer Revolution galt. Mergel beschreibt die Merkmale des Vorbilds ebenso wie die der Nachahmer und der durch sie gestifteten »Tradition« von Revolutionen. Diese sei allerdings im 20. Jahrhundert ausgelaufen, da das Konzept der Revolution in zweifacher Weise neu adaptiert wurde: nämlich von rechts sowie von Akteuren in Afrika und Asien. Gerade die letzte Mimesis veränderte das Skript nachhaltig, denn es wurde nicht nur aus seinem westlich geprägten Denkhorizont gelöst, sondern radikal verändert, zum einen mit Blick auf die Rolle von Religion als Legitimation für revolutionäre Veränderungen, zum anderen im Umgang mit Gewalt. Diese wurde und wird zunehmend als delegitimierender Faktor, als nachteilig für den Erfolg einer gesellschaftlichen Umwälzung angesehen – nicht zuletzt aufgrund der weltweit zugänglichen Medien und Zuschauer. Für Kenner des europäischen, traditionellen Skripts war daher die Revolution im Iran 1979 eine echte intellektuelle Herausforderung. Frank Bösch beschreibt die Ereignisse im Iran sowie die politische Transformation in Nicaragua dementsprechend als Phänomene »verdichteter globaler Interaktionen«, in denen die weltweite Vernetzung von Akteuren und Waren ebenso zentral war wie der globale Kontext des Kalten Kriegs und die nationale Grenzen überschreitende Dynamik religiöser Weltdeutungen. Der Vergleich dieser beiden unterschiedlichen Revolutionen weist auf Gemeinsamkeiten hin, die sich aus den oben dargestellten Problemfeldern der Revolutionsforschung ergeben, diese aber nicht mehr allein aus der inneren Entwicklung nationaler Gesellschaften erklärt. Die Ereignisse im Iran und in Nicaragua stehen vielmehr im Kontext der gesteigerten Globalisierung seit dem Ende der 1970er-Jahre, sodass Bösch vorschlägt, diese nicht nur als »third world revolutions« zu begreifen, sondern als globale.<sup>60</sup>

Willy Buschak nimmt dagegen eine ganz andere transnationale Verbindung in den Blick, nämlich eine spezifische Akteursgruppe, die seit den 1930er- und 1940er-Jahren verstreut im Exil lebte.<sup>61</sup> Ausgehend von der Zeitschrift »Mundo«, die von unabhängigen Sozialisten in Mexiko herausgegeben wurde, rekonstruiert Buschak die Verbindungen dieser Gruppe zu weiteren Sozialisten und Sozialistinnen in Großbritannien, der Schweiz oder in Schweden. Ihre Erfahrungen mit Revolutionen, Bürgerkriegen und neuen Regimen in Europa führten sie zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie von Revolutionen, zu Fragen, wer ein revolutionäres Subjekt sei, wie die Macht im Staate erobert

59 Vgl. die Beiträge von Andreas Fahrmeir in diesem Band, S. 49–60, und von Thomas Mergel, S. 19–48.

60 Vgl. den Beitrag von Frank Bösch in diesem Band, S. 271–286, vgl. dazu auch *Frank Bösch, Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019.

61 Vgl. den Beitrag von Willy Buschak in diesem Band, S. 197–227.

werden könne und vieles mehr. Praktisch alle Themen der sozialistischen Theorie und Politik wurden angesprochen und im Lichte der in Europa und im Exil gemachten Erfahrungen diskutiert, vor allem aber vor dem Hintergrund europäischer und globaler Verflechtungen. Von hieraus war es nur noch ein kleiner Schritt, den Nationalstaat als einzigen revolutionären Handlungsraum und die Arbeiterklasse als führendes revolutionäres Subjekt zu verabschieden und stattdessen auf Europa, wo nach Ende des Kriegs eine tiefe revolutionäre Krise erwartet wurde, und eine »breite Bewegung« für »Sozialismus und Freiheit« zu setzen. Die sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa, gegründet 1944 in London, sollte Lösungen aus dieser Krise weisen, doch stellten sich die konkreten Aufgaben der aus dem Exil zurückkehrenden Sozialisten in Europa dann in den 1950er-Jahren ganz anders dar. Dabei hatte es doch aber eine ganze Reihe von wilden Streiks in Montangebieten in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegeben – warum entstand daraus keine revolutionäre Situation? Diese Frage diskutiert Jan De Graaf im ost- und westeuropäischen Vergleich.<sup>62</sup> Die sozialistische Hoffnung auf eine revolutionäre Arbeiterklasse blieb nach 1945 aus verschiedenen Gründen unerfüllt. Zentral dafür waren äußere Umstände wie die prekäre Lebensmittellage und die harten Winter, die es Unternehmern erlaubten, die Ruhe der Belegschaften durch Nahrungsmittelgaben zu erkaufen. Auch war die Arbeiterschaft in der Montanindustrie nach der Kriegswirtschaft sozial nicht mehr so einheitlich aufgestellt wie davor. De Graaf betont die vielfältigen Differenzierungen innerhalb der Arbeiterschaft nach Generation, Herkunft, Ausbildung und auch Geschlecht und sieht darin einen Nachteil für einheitliches revolutionäres Handeln. Alles in allem seien die Arbeiter in der Montanindustrie weniger an Sozialisierung und Entnazifizierung der Unternehmensführungen interessiert gewesen als die Gewerkschaftsführung, sondern mehr an der konkreten Verbesserung ihrer alltäglichen Lebenssituation.

Spezifische nationale oder regionale Revolutionen per se zu untersuchen, ist aber auch im globalen Zeitalter keineswegs obsolet. Viele der Beiträge in diesem Band tun dies, aber sie wenden dabei Überlegungen und Fragestellungen der sozialwissenschaftlichen Revolutionsforschung ebenso an wie kulturhistorische Fragestellungen, etwa zu Medien, Kommunikationsbeziehungen, Selbstbildern, Zeitdeutungen oder Mythen. Dies kann auch für die Interpretationen vormoderner Zeitereignisse durchaus erkenntnisfördernd sein, wie Julian Zimmermann und Veit Groß in ihrer Auseinandersetzung mit einem Machtwechsel in Rom im 14. Jahrhundert zeigen.<sup>63</sup> Theo Jung untersucht das Reden und Schweigen der Abgeordneten in der Frankfurter Paulskirche, um auf eine neue Dimension der Kommunikationsrevolution 1848/49 aufmerksam zu machen, nämlich die Umgestaltung politischer Kommunikationsprozesse.<sup>64</sup> Reden im Parlament gehörte demnach zu den Anforderungen guter revolutionärer Praxis. Dem standen allerdings Termindruck und Redevermögen einzelner Abgeordneter entgegen. Nur wenige redeten und handelten, die Mehrheit schwieg und stimmte ab. Jung zeigt, wie aus einem revolutionären Redeparlament ein diszipliniertes Arbeitsplenum entstand, allerdings um den Preis von Enttäuschungen bei Abgeordneten und Wählern. Stand am Anfang noch die Hoffnung, durch die Macht des Wortes die Revolution voranzubringen, so blieb am Ende der Ruf der Nationalversammlung als »Schwatzbude« bestehen. Die Unterscheidung zwischen folgenloser Rede und revolutionärer Tat wurde damit virulent, vor allem in der marxistischen Theorie.

Das konkrete revolutionäre Handeln, seine Ursachen und Anlässe, die Akteure und ihre Optionen gehören daher zu den wichtigsten Elementen einer sozialhistorischen Analyse von Revolutionen. An den Ergebnissen der Handlungen wird nicht zuletzt gemessen, ob eine Revolution, ein »Neuanfang« im Sinne Hannah Arendts, überhaupt stattgefunden hat.

62 Vgl. den Beitrag von Jan De Graaf in diesem Band, S. 229–251.

63 Vgl. den Beitrag von Veit Groß und Julian Zimmermann in diesem Band, S. 61–98.

64 Vgl. den Beitrag von Theo Jung in diesem Band, S. 99–130.

Kann man also die »friedliche Revolution« der Ostdeutschen im Jahr 1989 so bezeichnen? Etienne Dubslaff zeigt in seinem Beitrag auf, dass tatsächlich revolutionäre Neuanfänge im Herbst 1989 in der DDR stattfanden, diese aber eigentlich nicht in die traditionelle Vorstellung von Revolutionen passten: Es wurde viel geredet, vor allem am Runden Tisch, und später gehandelt, in der Volkskammer oder bei den ersten freien Wahlen. Angetrieben von starken Bürgerbewegungen und Demonstrationen sah sich die ostdeutsche Sozialdemokratie, die sich selbst als revolutionäre Kraft verstand, aber nur einen Bruchteil der Bevölkerung repräsentierte, in die Lage gedrängt, sich zur Frage der deutschen Einheit zu verhalten, anstatt weiter über eine Neugestaltung der DDR zu verhandeln. Ihr revolutionärer Anspruch zerbrach an den Realitäten des Wahlergebnisses im März 1990.<sup>65</sup> Andrea Müller nimmt die Frage nach dem passenden Begriff anders auf: Sie stellt die Hintergründe und diskursiven Elemente der sogenannten Revolution der Ponchos in Ecuador vor, mit der eine Reihe von lokalen Aufständen indigener Bevölkerungsgruppen in den 1980er- und 1990er-Jahren bezeichnet wird.<sup>66</sup> Anlass für die Konflikte war die soziale und politische Unterdrückung großer Teile der bäuerlichen Bevölkerung. Auf den Begriff »Revolution der Ponchos« wurden diese aber durch Vertreter der katholischen Befreiungstheologien in Ecuador gebracht, die damit die Rolle der Kirche im Konflikt diskursiv verschoben. Gehörte die katholische Kirche ebenso wie die Großgrundbesitzerfamilien einerseits zu den Nutznießern des Hazienda-Regimes, so gelang es der Kirche seit den 1980er-Jahren andererseits auch, als Unterstützerin der verarmten Bevölkerung wahrgenommen zu werden und ihre Hilfestellung für indigene Organisationen zu betonen. Die »Revolution der Ponchos« ist daher nach Müller eigentlich ein Erinnerungsdiskurs der katholischen Kirche und zugleich eine unzulässige Vereinfachung multipler sozialer und politischer Konflikte durch ihre Ethnisierung.

Drei Beiträge befassen sich schließlich mit der Revolution von 1918. Christina Ewald stellt die Tätigkeit des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats im Bereich der Schulpolitik vor – ein wichtiges Thema für die Sozialdemokratie schon im Kaiserreich, das in den ersten Monaten der Republik ohne viel revolutionäres Pathos umgesetzt wurde.<sup>67</sup> Mike Schmeitzner untersucht den Inhalt und die zeitgenössische Rezeption einer der vielen Quellen, die im Kontext der neuen Erinnerungskultur an 1918/19 wiederentdeckt werden, nämlich die »Revolutionserinnerungen« von Hermann Müller, der Reichsminister und kurzzeitig auch Reichskanzler war, außerdem Vorstandsmitglied der SPD von 1919 bis 1928.<sup>68</sup> Er betrachtete die Revolution als Handelnder und aus der Perspektive des Jahres 1928 durchaus als erfolgreich; sein Bericht war Teil der frühen sozialdemokratischen Erinnerungspolitik an Revolution und Republikgründung, an die nach 1945 nicht mehr angeschlossen werden konnte. Kerstin Wolff präsentiert ebenfalls zeitgenössische Quellen, nämlich die Berichterstattung über die Novemberrevolution in den Zeitungen der Frauenbewegungen 1918 und 1919.<sup>69</sup> Das Frauenwahlrecht wurde schon damals als die weibliche Seite der Revolution verstanden. Zugleich galt das Wahlrecht aber auch als Ergebnis eines länger geführten politischen Kampfes von Sozialdemokratie und bürgerlicher Frauenbewegung, das zukünftige Generationen von Frauen zur aktiven Mitwirkung verpflichtete. Der Beitrag deutet an, wie weiterführend eine Geschlechtergeschichte der Revolution sein könnte – und wie weit der Weg dahin noch ist.

Dieser Befund dürfte auch insgesamt für eine erneuerte sozialhistorische Revolutionshistoriografie gelten, von der man sich nur wünschen kann, dass sie sich von allzu viel

65 Vgl. den Beitrag von Etienne Dubslaff in diesem Band, S. 287–306.

66 Vgl. den Beitrag von Andrea Müller in diesem Band, S. 253–270.

67 Vgl. den Beitrag von Christina Ewald in diesem Band, S. 147–170.

68 Vgl. den Beitrag von Mike Schmeitzner in diesem Band, S. 171–196.

69 Vgl. den Beitrag von Kerstin Wolff in diesem Band, S. 131–145.

Jahrestagsgetöse frei und auf die Suche nach einer eigenständigen Perspektive macht. Sinnvoll wäre es, sich dabei auf die Erkenntnisse der jahrzehntelangen Diskussionen über den Begriff der Revolution, die Ziele des Wandels, den Umgang mit Gewalt, die Selbstdeutungen und das Zeitbewusstsein der Akteure sowie auf kulturelle Deutungsmuster von Revolutionen zu stützen. Die Beiträge des Bandes deuten das darin steckende Potenzial für ein innovatives und transnational verortetes Verständnis von gesellschaftlichen Umbrüchen an. Zugleich verweisen sie darauf, dass es eine einheitliche Revolutionshistoriografie nicht mehr geben kann – und vielleicht auch nie gegeben hat. Die Probleme und die Perspektiven der Revolutionsforschung sind vielmehr dem gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Wandel ebenso unterworfen wie das Objekt ihrer Analyse. Das ist allerdings kein Manko, sondern eine Stärke kulturwissenschaftlicher Zugänge zu sozialhistorischen Fragestellungen.